

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)
- Drucksache 12/400 -

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 15 gemäß § 28 (1) in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter
Berichterstatter/in

Abgeordneter Franz Riscop MdL (CDU)
Abgeordneter Gisela Meyer-Schiffer MdL (SPD)
Abgeordneter Dr. Stefan Bajohr MdL (GRÜNE)

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 15 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

M.M.V. 12/315

v. d

Bericht

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 15 am 16.01.1996

1. Teilnehmer

Abgeordneter Franz Riscop (CDU)
Abgeordnete Gisela Meyer-Schiffer (SPD)
Abgeordneter Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)
Ministerialrat Rainer Dietrich (Finanzministerium)
Oberregierungsrat Paul-Werner Schwarz (Finanzministerium)
Leitender Ministerialrat Willi Kahler (Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport)
Regierungsdirektor Karl-Heinz Kolenbrand (Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport)
Ausschußassistent Harald Holler

2. Allgemeines

Das Berichterstattergespräch fand statt am 16. Januar 1996. Dabei wurden den Vertretern der Landesregierung in einer eingehenden Erörterung verschiedene Fragen zu den Ansätzen des Haushaltplans im Bereich des Einzelplans 15 gestellt.

3. Ergebnisse

1. Seite 30 des Haushaltplans

Bei den Ansätzen der automatisierten Datenverarbeitung (Kapitel 15 010, Titelgruppe 60) sollte eine stärkere Aufgabenkritik erfolgen. Ein Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport erläuterte, daß der Mehrbedarf von 34 000 DM in der gestiegenen Zahl der mit ADV-Geräten ausgestatteten Arbeitsplätze begründet ist.

2. Seite 42 des Haushaltplans

Bei den Kosten für die Pflege von Auslandsbeziehungen (Kapitel 15 020, Titelgruppe 90) wurde die Frage erörtert, ob es weitere Möglichkeiten gibt, die Aufwendungen außerhalb der Stipendiate zu reduzieren. Hierzu verwies ein Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport darauf, daß durch die Wiederaufnahme der Finanzierung von Stipendiatenaufenthalten in 1996 mit rund 100 000 DM die Mittel für weitere Aktivitäten um rund 110 000 DM zurückgehen.

3. Seite 52 des Haushaltplans

Die Herausnahme von Mitteln des Grundstücksfonds aus dem Landeshaushalt (Kapitel 15 040, Titel 821 10) in Höhe von 16,0 Mio DM und 7,5 Mio DM Verpflichtungsermächtigungen und Einstellung in das Gemeindefinanzierungsgesetz in gleicher Höhe wurde unter dem Gesichtspunkt diskutiert, welche fachpolitischen Gründe dafür maßgebend waren. Dazu wurde die Auffassung geäußert, daß es sich um eine rein finanzwirtschaftliche Maßnahme handle, die zu einer Befrachtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes führe.

4. *Seite 70 des Haushaltsplans*

Zum aktuellen Thema des Schlosses Bensberg wurde die Frage gestellt, ob über die Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten an der Stützmauer hinaus (Kapitel 15 070, Titel 716 00) weitere Anmeldungen vorlägen. Diese Frage wurde verneint. Die Mittel für Bauunterhaltung, die der Liegenschaftsverwaltung des Finanzministeriums obliegt, sind allgemein im Einzelplan 20 veranschlagt.

5. *Seite 74 des Haushaltsplans*

Bei der Senkung der Ansätze zur Förderung von Denkmalschutzmaßnahmen im Eigentum von Privatpersonen und Kirchen um fast 4,5 Mio DM (Titelgruppe 60, Titel 893 60, des Kapitels 15 070) handelt es sich um eine echte Kürzung aus Gründen der Haushaltskonsolidierung.

6. *Seiten 76 und 90 des Haushaltsplans*

Der Kostendeckungsgrad für die vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung herausgegebenen Veröffentlichungen in der Relation von 220 000 DM zu 20 000 bzw. 46 000 DM Isteinahmen (vergleiche Kapitel 15 100, Titel 531 20 und Titel 119 20) wurde von den Berichterstattern als zu gering empfunden.

7. *Seite 98 des Haushaltsplans*

Diskutiert wurde die Frage, ob es angesichts gestiegener allgemeiner Kosten nicht auch angezeigt sei, die Benutzungsgebühren für kulturelle Veranstaltungen und diplomatische Empfänge bei Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl (Kapitel 15 300, Titel 124 20) zu erhöhen. Ein Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport sagte eine ergänzende Berichterstattung zu.

8. *Seiten 114 - 117 des Haushaltsplans*

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen an Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen einschließlich der Beihilfen (Kapitel 15 610) wurde um eine ausführliche Vorlage zu folgenden Fragen gebeten:

- Welche Anspruchsgrundlagen bestehen?
- Wie sind sie verfassungsrechtlich einzustufen?
- Welche Möglichkeiten der Änderung bestehen?
- Woraus resultieren Ansprüche auf Erhöhung der Mittel?
- Inwieweit ist das Land als Zuschuß- bzw. Beihilfengeber an Personalentscheidungen beteiligt?

9. *Seite 170 des Haushaltsplans*

Die Ansatzserhöhung bei den Zuweisungen an die Kultursekretariate um 1,147 Mio DM erklärt sich daraus, daß dieser Bereich einen Schwerpunkt der Kulturpolitik der Landesregierung darstellt (vergleiche Kapitel 15 820, Titel 653 10).

Franz Riscop
Hauptberichterstatter

Gisela Meyer-Schiffer
Berichterstatterin

Dr. Stefan Bajohr
Berichterstatter